

# Korrespondent

## für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer

Bezugspreis: 500 Mark für einen Monat ohne die Post | Erscheinungstage: Mittwoch und Sonnabend  
Gebühr für Zustellung: Es ist nur Postbezug zulässig | Das einzelne Exemplar kostet 25 Mark, Porto extra

67. Jahrgang

Leipzig, den 30. Juni 1923

Nummer 62

### Zur Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit im Buchdruckgewerbe

So wichtig dieses Thema ist und von uns immer so bewertet wurde, kann es sich doch nicht um weitausholende Betrachtungen handeln. Wir haben ja schon so viel darüber geschrieben. Der Jahresbericht des Verbandsvorstandes, der zu den Mitgliedschaften sich jetzt auf dem Versandwege befindet, wird sehr lehrreich wieder diese Schmerzenseite berühren. Dann aber muß betont werden, daß wir von den Konjunkturläufen des Wirtschaftslebens so sehr abhängigen Buchdrucker doch nur ein Häufchen einer recht großen Allgemeinheit sind und deshalb auch von den Katastrophen der bankrotten deutschen Wirtschaft nicht einmal so umgangen werden, wie es in einzelnen Gewerben bzw. Industrien auch jetzt noch der Fall ist.

Prinzipielles zu dem aufgeschlagenen Kapitel kann daher nicht viel gesagt werden, da zudem erst in Nr. 60 im fünften Abschnitt der Zeitbilder „Zirkus Deutschland“ die Ursachen und die Verursacher unserer so fürchterlich heruntergewirtschafteten Zustände beleuchtet worden sind. Die Poincaré-Regierung wie die Cuno-Regierung können als Babanquespieler der Privatwirtschaft und der bürgerlichen Gesellschaft die Totenlocke schwingen. Die Stinnes-, Kreuzot- und die internationalen wie nationalen Konzerne sonst werden ihre Überblähung eines Tages doch wie das Platan riesiger Seifenblasen ausgehen sehen. Die in Nr. 54 gebrachte große statistische Abhandlung „Neues über Arbeitslosigkeit, Kurzarbeit und Diversifikationsapparate“ soll daher nur eine kurze prinzipielle Ergänzung erfahren, wozu das Prinzipalsorgan nicht zuletzt Veranlassung gibt, dem wiederum unser angezogener Artikel Gelegenheit bot, sich von neuem überlanddelte Schlaubetten kreuzweise um die Ohren zu werfen.

In der „Rundschau“ dieser Nummer sind Streiflichter über die geschäftliche Lage unserer Welt im Kleinen zu finden, wie die Dinge etwa vor drei Wochen standen. Nicht schlechter, als die Situation ohnehin schlecht ist, der Zustrom der arbeitslosen Hände konnte vielmehr etwas gestoppt werden, der Abgang vom Berufe hat sogar Verminderung erfahren; es ist ja auch kein anderer Berufszweig mehr aufnahmefähig. Im Monat April 126 843 415 M. für Arbeitslose ohne die Nichtbezugsberechtigten und nur aus Mitteln der Hauptkasse — die dezentralisierten Zuschüsse gehen fast schon zu weit —, das sind jedenfalls gewaltige Leistungen einer wegen enger Begrenzung des Gewerbes doch nur kleinen Gemerkschaft. Unser Unternehmertum ist, wie auch im allgemeinen, nur indirekt an der Unterhaltung der 16 552 Dollarbeitlosen und Kurzarbeiter beteiligt; wie es bisher mit der Besteuerung des Bestandes gestanden hat und wie der Steuerblock noch immer verflucht, das Bezahlen den Lohn- und Gehaltsempfängern zu überlassen, ist hinlänglich bekannt.

In zwei eingesandten Artikeln dieser Nummer wird Stellung zu unserer Gewerbelage genommen. Wir möchten uns nur zu dem Berliner ganz kurz äußern. Der gemachte Vorschlag, die Arbeitszeit allgemein zu verkürzen, auf daß namentlich der oft schon zur Verzweiflung treibenden langen Dauer entgegengerichtet werden kann, muß vom humanitären Gesichtspunkte aus einleuchten. Im privatkapitalistischen Staatsleben geht es aber verdammt wenig nach den sozialen Notwendigkeiten. Die Republik hat darin noch nicht größere Fortschritte gebracht. Schritt um Schritt muß darum gekämpft werden. Der Deutsche ist noch ein zu dummer Kerl. Am 6. Juni 1920 hat er mit der größten Bereitwilligkeit seine eigene Metzger gewählt und bestiftet jetzt noch nicht die Courage, diese Gesellschaft zum Teufel zu jagen, obwohl sie ihm mit der größten Brutalität das Fell über die Ohren zieht. Die unverschämten Zumutungen, den Achtstundentag aufzugeben, die Frechheit in dem sogenannten Garantieangebot, für Arbeitszeitverlängerung immer Produktionssteigerung zu jagen, die nicht bloß in Deutschland bestehenden Absichten, die Arbeitskraft wieder länger einzuspinnen, setzen doch deutlich, daß eine Verteilung der Arbeit nach sozialistischen Grundsätzen einen Kampf um Leben und Tod binnen muß. Wenn die Inflationwirtschaft und der Dollarbetrug aber so schlimm weiter haufen, wird die noch höher flutende Arbeitslosigkeit diesen Augenblick doch früher herbeiführen, als es schließlich zum Ge-

lingen der Sache wünschenswert ist. Auf den richtigen Zeitpunkt und Voraussetzungen, die nicht allein bei der Arbeiterschaft liegen, kommt es nicht wenig an. Den Erwerbslosen Sprüche vorzumachen oder gar Putzstimmungen zu erzeugen, das muß den unverantwortlichen Elementen überlassen werden, die am wenigsten selbständig denken lassen wollen und Nachdenklichkeiten über die vor ihnen der Masse gemachten großen, aber leeren Worte gleich gar nicht lieben.

Wie wir in Nr. 60 erst die allgemeinen Notwendigkeiten und die Erfordernisse des Tages zur Eindämmung der Arbeitslosigkeit auch mit Palliativmitteln betont haben, so kann gesagt werden, daß seit Monaten von unserer Organisationsleitung alles getan worden ist, um auch in dieser Beziehung Erleichterungen zu schaffen. Die Regierungsstellen sind — zum Teil auch unter dankenswerter Mitwirkung des sich alle Zeit noch als richtiggebender Buchdrucker fühlenden Reichstagspräsidenten Loebe — in jeder Beziehung in Anspruch genommen worden. Auf Einzelheiten möchten wir hier nicht eingehen. Die allgemeinen Verhältnisse haben jedoch mehr Schwierigkeiten erkennen lassen, als dem guten Willen dienlich war. Die bei uns sich immer mehr einfindende lange Dauer der Arbeitslosigkeit hat im Besonderen dazu geführt, für die Buchdrucker von der Regierung die Verlängerung der Bezugsdauer der Erwerbslosenunterstützung von 13 auf über 26 Wochen zu verlangen. Dem ist auch entsprochen worden. Dieses oder jenes brachte auch einige Erleichterung.

Die Arbeitsbeschaffung unter den gegenwärtigen Zeitumständen ist ein sehr schwieriges Kapitel, es muß jedoch immer wieder versucht werden, selbst hier noch zu praktischen Ergebnissen zu gelangen. Die Preispolitik in den Materialien, im Papier, in der Druckherstellung selbst und im Buchhandel bleiben deshalb für uns spezielle Angriffsobjekte. Die allgemeine Absicht der Überreise ist das gerade Gegenteil von dem Bestreben nach Produktionssteigerung. Dieses liegt so geläufige Schlagwort verdeckt ganz raffiniert die Folgen einer auf wohl allen Gebieten unvernünftigen Preispolitik. Das in Nr. 59 mitgeteilte Beispiel einer umfangreichen Betriebsstilllegung einerseits und einer beabsichtigten allgemeinen Lohnreduktion andererseits hat ja gezeigt, wie strapellos alles den hochgeachteten Profitten unterstellt wird. Die Diversifikationsapparate bei uns spielen daneben eine mehr sekundäre Rolle, sie sind aber keineswegs aus dem Auge zu lassen. Die Schiffenschaft muß trachten, sich dieser einflussreichen nicht so ungefährlichen Verdänger von Arbeitskräften zu bemächtigen. Unsere Ausführungen darüber in Nr. 54 soll demnächst noch eine kurze Ergänzung folgen.

Aus unserer letzten Nummer konnte so etwas wie eine frohe Botschaft entnommen werden. In dem uns freundlichst zur Verfügung gestellten Bericht eines schwedischen Verbandsfunktionärs über den internationalen Prinzipalskongreß in Göttingen war zu lesen, daß ein Referent aus England auch über Mittel zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit sprach. Was er gesprochen hat, erfahren wir vielleicht noch aus der „Zeitschrift“, die zunächst nur einen Extrakt brachte, aber weiteres verheißt hat. Daß für die Prinzipalität eine moralische Verpflichtung besteht, von sich aus für die vielen Opfer der verkehrten Industrie- und der noch viel schlimmeren Devisenpolitik — hier hat Reichswirtschaftsminister Dr. Beder soeben die „Deutsche Wirtschaft“ in einem öffentlichen Aufrufe förmlich inoffiziell um Verzicht gebeten, denn der Dollar bewegt sich trotz aller Regierungsmahnen schon wieder bergan —, auch etwas zu tun, wird wohl nicht zu bestreiten sein. Man hat ja aber gesehen, wie krampfhaft man in Deutschland bei der Tariferneuerung Ende 1920 dahin strebte, von der bereits erwähnten Entschädigung für Kurzarbeit gänzlich loszukommen, was auch geschah. Von 1918 bis damals konnte unsre Prinzipalität als gutes Beispiel für andere Unternehmergruppen dienen. Wenn aber jetzt der internationale Zusammenschluß der Prinzipalität durch Anwendung brauchbarer Mittel zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit besinnelt werden sollte, dann könnten auch wir uns diese noch wenig ausgewachsene Neugeburt gefallen lassen — allein mit dem Hören der Botschaft und dem Glauben daran hat es seine besondere Bewandnis.

Der „Aktionskritik“ ist unsere statistische Darstellung in Nr. 54 über die neuere Entwicklung der Arbeitslosigkeit und der Kurzarbeit auf die Herzen gefallen. Am 9. Juni brachte sie darauf einen Artikel, der sich zu unserer großen Aufmachung über die Arbeitslosigkeit und die kolossale

Verkehrsverdrängung ganz uninteressiert zeigte. Was kümmert auch das Prinzipalorgan die weit über andere Maßstäbe hinausgehende Zahl der Vorkamerlosen und der in ihrem Verufe überflüssig gewordenen Buchdrucker! Dagegen lief unter der Überschrift „Kurzzeit bei Kurzarbeit“ eine Saltalderlei vom Stapel, die außer dem zeitlichüblichen Anstoss nur dokumentierte, daß man kein reines Gewissen hat hinsichtlich der Ausbreitung der Kurzarbeit. Wir hatten ausdrücklich anerkannt, daß unsere Erhebungen in betreff etwaiger Parolen zur Praktizierung von Kurzarbeit eine sehr vorsichtige Beantwortung gefordert haben. Die etwas breite Polemik gegen den „Korr.“ mit der Reinigung von irgendwelcher Empfehlung der Kurzarbeit war doch also deplaziert und mußte nur Argwohn erregen. Zumal an einer Stelle durchschimmerte, daß Unbilligkeiten ja vorkommen könnten. Was ist also der Zweck der Übung unter der so kennzeichnenden Janonierung des Hauptmaterials (Vollarbeitslosigkeit und Berufsverdrängung)? Um mit dem alten Ledenhäuter von der Zurückhaltung der Leistungen wieder einmal Lendenlahm freizugehen? Nun, der Kollege Rudolf Witten (Leipzig) hat in Nr. 56 den Korrespondenten vom DBB. ja ein kräftiges Nächst aufgesetzt, wie die Leistungen im Laufe der Jahrzehnte, nämlich schon vor 1848 an, erhöht, gesteigert worden sind. Die tariflichen Berechnungsquanten sind doch auch ein allgemeiner Maßstab dafür, was ein Buchdrucker zu leisten hat. Die Weisen der „Zeitschrift“ könnten das nachherade wissen. Wollte die „Zeitschrift“ aber die Kurzarbeit als eine gewerbliche Notwendigkeit erscheinen lassen, hinter der keinerlei Mache steht, so hätte sie diese Tatsachenverbiegung unterlassen sollen. Aus Nr. 54 ergibt sich nämlich eine solche Mannigfaltigkeit und gleichzeitige Vollständigkeit des Fehlens von Kurzarbeit, daß dies nimmermehr sich aus der gesellschaftlichen Lage von selbst ergibt. Wie in früheren Jahrzehnten das Aussehen und die Entlassungen vor den Feiertagen in bestimmten Orten und auch Firmen — Leipzig daran — zu einem förmlichen Sport ausartet waren, so liest man in abgeschwächter Weise jetzt von hier und von da, daß beim Eintritt neuer Löhne auch die Kurzarbeit zunimmt. Wenn die Demobilisierungsbestimmungen nicht da einen Riegel vorschoben würden, könnte man erst etwas erleben. Wir empfehlen daher nochmals den instruktiven Artikel des Kollegen Lorenzen (Ael) in Nr. 54 zur Beachtung, wobei der Bewunderung Ausdruck gegeben sein mag, wie oft schon in der „Zeitschrift“ andersherum darüber Belehrung stattgefunden hat. Wie empfindlich sich die „Zeitschrift“ über den Göttinger Fall bemachtigte (siehe Nr. 56 des „Korr.“), das war zum mindesten verdächtig. Daß die „Zeitschrift“ ihren Artikel nicht am wenigsten deshalb brachte, um ein Rundschreiben der Holzarbeiterverwaltung in München mit Empfehlung des „Kurztrettes“ bei Kurzarbeit gegen uns auszuspielen zu können, erscheint möglich. Das zeugt aber nicht von besonderer Schläue. Wir wissen nicht, wie weit Spannungen im Münchener Holzgewerbe damals bestanden haben, also etwa halber Kriegszustand herrschte. Wenn das Unternehmertum sich brutal benimmt, kann die Abwehr nicht unter Wäldlingen erfolgen. Übrigens könnten schlechte Beispiele aus anderen Kreisen nicht gegen uns als Anklage erhoben werden, da erwiesenermaßen von uns ausgehende gute den Kreisen des DBB. ganz würdige abblieben sind. Wie war es denn mit dem sehr schlechten Beispiele der Freiburger Prinzipale im vergangenen Jahre, und hat jemals die „Zeitschrift“ gegen dergleichen Sachen ein Wortchen riskiert? Wir können ja auch, wenn das Prinzipalorgan weiter die Unschuldsklammerei betreibt, ihm noch einmal eine Vorlesung halten, wie es in betriebl. Verhältnissen sich am 1. Mai ausgelassen hat über die „Natürlichkeit“ des ganz gefährlichen Anschwellens der Beschäftigungslosigkeit. In Nr. 46 erstellten wir schon eine Lektion darüber. In jenen Wochen hat die „Zeitschrift“ so viel zu hören bekommen, daß dem doch die Vernunft etwas zurückkehrte. Der tatsächliche Genesepunkt darstellende „Kurztrett“-Artikel macht den Eindruck eines Nückfalls. Aber das ist wohl mehr der Ausdruck eigener Impotenz.

Sollen wir, daß von den prinzipiellen Gedanken in diesen drei Artikeln doch noch manches bald Verwirklichung finden möge. Ohne Klippenstöße wird es dabei nicht abgehen. Aber wir wollen ja auch unsere Gedanken gebrauchen, um zu zeigen, daß es anders sein kann, wie es ist.

## Zur Arbeitslosigkeit in den graphischen Berufen

In der Reichsdruckerei war vor einiger Zeit für etwa 2500 Arbeiterinnen und Arbeiter aller Berufsarten des graphischen Gewerbes die Entlassung ausgesprochen worden. Was dies für die graphischen Verbände bedeutet, die bereits mit einer sehr großen Arbeitslosigkeit in ihren Reihen zu rechnen haben, brauchte eigentlich nicht näher erläutert zu werden. Angesichts der Ratlosigkeit und Unsicherheit gegenüber der bestehenden Krise, die heute im allgemeinen herrscht, ist es jedoch notwendig, die Konsequenzen eines weiteren Anwachsens der Arbeitslosigkeit für die graphische Arbeiterschaft sowohl wie für ihre Gewerkschaftsorganisationen in besonderer aufzuzeigen. Bis jetzt wurde nur, man kann sagen mit unzulänglicher Palliativmitteln, die Arbeitslosigkeit ein klein wenig einzudämmen versucht.

Einmal versuchen die Gewerkschaften, Arbeitslose an die in letzter Zeit verstärkt zur Einführung gelangenden Bureaudruckapparate heranzubekommen; dies kann aber nur wenigen Kollegen Hilfe bringen.

Andererseits besteht die Absicht, die Erwerbslosen in andre Berufe abzuschieben. Die Betriebsräte versuchen fernerorts, durch Mitwirkung bei Entlassungen soziale Härten möglichst zu vermeiden. Dieser Weg war so lange gangbar und genügt, als der Mangel an Arbeit noch nicht in so allgemeinem Umfange auf die ganze deutsche Industrie übergriffen hatte. Heute dürfte der Weg der Überführung arbeitsloser Buchdrucker in andre Industrien durch die allgemeine Wirtschaftskrise ebenfalls versperrt sein.

Nehmen wir an, daß auf Grund einer Verständigung zwischen der deutschen und französischen Industrie die Ruhr- und die damit im Zusammenhang stehende deutsche Wirtschaftskrise bis zu einem gewissen Grade gelöst wird, so wird dieselbe doch in starkem Maße auf Kosten der deutschen Arbeiterklasse erfolgen, so daß sicherlich die Konsumkraft der arbeitenden Massen in Deutschland noch weiter zurückgehen wird. Dies wird zur Folge haben, daß die deutschen Arbeiter auf Erzeugnisse, die nicht unmittelbar zur Befriedigung ihres Lebensbedarfes notwendig sind, noch mehr als bisher verzichten müssen. Der Konsum an Buchdruckerzeugnissen wird dann in den breiten Massen wahrscheinlich noch viel mehr als bisher zurückgehen. Die Krise im Buchdruckerhandwerk wird deshalb mit der Lösung der Ruhrkrise nicht abgeschwächt, sondern verstärkt werden. Eine Ausnahme könnte dabei höchstens die Banknotenproduktion bilden, die bei weitergehender Inflation wieder einen gewissen Aufschwung nehmen wird. Aber auch hier werden die Bäume nicht in den Himmel wachsen, denn beklammlich arbeitet die Reichsdruckerei in Verbindung mit allen in Betracht kommenden Privatfirmen fieberhaft daran, den Banknotendruck technisch zu vereinfachen.

Die graphischen Gewerkschaften müssen also damit rechnen, daß die Arbeitslosigkeit bei ihnen nicht geringer, sondern größer wird. Größer werden damit auch die finanziellen Lasten, die den Gewerkschaften durch die Arbeitslosen aufgebürdet werden. Bei der heutigen finanziellen Lage bedeuten die gesagten Unterstellungen aber nur einen kleinen Tropfen auf einen heißen Stein.

Die Arbeitslosigkeit bedroht schon in dem heutigen Umfange, viel mehr aber noch, wenn sie den mit Sicherheit zu erwartenden Zuwachs erhält, unsere Organisationen finanziell, ideologisch und organisatorisch. Alle Mittel, die bisher in Vorschlag gebracht wurden und bereits zur Anwendung kamen, sind nicht in der Lage, uns davor zu retten. Wenn man den ganzen Gefahrenkreis übersteht, dann muß man bangen, wie weit und tief die Menschen durch die Ausdehnung und die Dauer der Arbeitslosigkeit in Misere verfallen werden, welche Leiden über sie kommen können. Und das, obwohl die Organisationen und die noch Arbeitenden gewiß alles tun, was in ihren Kräften steht, zur Umkehrung der Rot. Es muß deshalb zu außergewöhnlichen Mitteln, die einer außergewöhnlichen Situation entsprechen, gegriffen werden.

Ein solches außerordentliches Mittel kann bei den gegebenen Verhältnissen nur die gleichmäßige Verteilung der vorhandenen Arbeitsmöglichkeiten über die ganze Industrie sein. Es geht nicht an, daß die kürzere Arbeitszeit zur Behinderung noch größerer Arbeitslosigkeit nur in einzelnen Betrieben, und zwar meist noch in den technisch rückständigen, durchgeführt wird, während grobe, technisch hoch entwickelte Betriebe in voller Produktion weiterarbeiten. Eine allgemeine Reduzierung der Arbeitszeit in irgendeiner Form muß für die ganze Industrie angestrebt werden. In erster Linie für die Betriebe, die eine solche Maßnahme auf Grund der technisch hohen Entwicklung und starken, finanziellen Kraft am besten vertragen können.

Das werden heute die Banknotenrunderen sein. Von ihnen ist bekannt, daß sie im Verhältnis zu den übrigen Unternehmungen der Industrie sich einer glänzenden Geschäftslage erfreuen. Sie vervollständigen und erneuern ihren Maschinenpark derartig, daß sie selbst nach Beendigung der Inflationsperiode und endgültigen Einstellung des Banknotendrucks allen übrigen Unternehmungen des graphischen Gewerbes gegenüber auf lange Zeit im Vorteil sind. Sie werden imstande sein, jede Konkurrenz aus dem Felde zu schlagen. Es ist nur ein Gebot der Gerechtigkeit, wenn man ihnen in erster Linie die Lasten aufwälzt, die mit der steigenden Arbeitslosigkeit dem graphischen Gewerbe entstehen. Es müßte also von den graphischen Gewerkschaften in erster Linie angestrebt werden, die Arbeitszeit im Banknotendruck allgemein zu verkürzen, so daß eine größere Zahl von Arbeitskräften als bisher in diesem Zweig des Gewerbes untergebracht werden kann. Selbstverständlich müßten die Löhne in tariflicher Höhe mit den bisherigen üblichen Zuschlägen voll weitergezahlt werden. Eine Erweiterung dieser Arbeitszeitverkürzung auf die übrigen Teile der graphischen Industrie wäre dann nach den Erfahrungen, die man im Banknotendruck machen wird, zu erwägen. Jedenfalls wird sie bei dem zu erwartenden Umfange der Arbeitslosigkeit unter keinen Umständen zu umgehen sein.

Dies ist nach den gegebenen Verhältnissen der einzige Weg, auf dem den Arbeitslosen im graphischen Gewerbe geholfen werden kann und der die graphischen Gewerkschaften vor einer schweren Gefahr bewahrt. Die bestehenden Tarife mit ihren Bestimmungen über die Arbeitszeit stehen dem entgegen. Allerdings, es ist aber unmöglich, sich in der jetzigen Situation an Paragrafen zu halten. Wenn die bestehenden Tarife abgelaufen sind, wird es sicherlich schon zu spät sein. Wir müssen den Unternehmern des Zweigindustries einer allgemeinen Verkürzung der Arbeitszeit abringen, ob sie wollen oder nicht. Zweifelsfrei hängt unsere Existenz davon ab; einmal, indem die Klammern

Arbeitslosigkeit uns als Arbeiter mit einer weiteren Verschlechterung der Löhne und Arbeitsbedingungen bedroht, zum andern als Gewerkschaftsmitglied. Die gesamte Kollegenschaft muß mit entschlossener Solidarität hierfür eintreten. Die große Gefahr der Stunde muß von allen erkannt werden.

Berlin.

R. Gr.

### Kurzarbeit, Arbeitslosigkeit und Lehrlingsfrage

In Nr. 54 des „Korr.“ wurde über Kurzarbeit und Arbeitslosigkeit eingehend berichtet, wenn ich aber trotzdem zu diesem Kapitel nochmals Stellung nehme, so zwingt die Not der davon Betroffenen dazu.

Von Tag zu Tag steigen die Preise der wichtigsten Nahrungsmittel. Der Vollbeschäftigte kann sich dieselben kaum mehr kaufen, für Kurzarbeiter und Arbeitslose sind sie fast nur noch ein Traum. Ihre Lage ist verzweifeln. Vom Beruf abgeben, ist jetzt nicht so leicht möglich, da in andern Erwerbszweigen die Krise auch vorhanden ist. Doch so kann es nicht weitergehen, daß Tausende von Kollegen, darunter auch sehr tüchtige Kräfte, teilweise oder ganz zum Verhungern verurteilt bleiben sollen. Hier muß Wandel geschaffen werden, das ist unsere Pflicht.

Dazu scheint mir die Lehrlingsfrage geeignet. Wir haben überflüssige Arbeitskräfte genug, und müssen deshalb bei der nächsten Tarifverneuerung verlangen, daß innerhalb von vier bis fünf Jahren Lehrlinge nicht mehr zur Einstellung kommen. Schon im Interesse dieser bedauernswerten jungen Leute selbst, die nach vollendeter Lehrzeit meistens auf das Pflaster fliegen und nun zusehen können, wo sie ihr Brot finden.

Als Beispiel sei nur der hiesige Ort erwähnt, wo von sämtlichen Lehrlingen, die seit Kriegsende die Lehrzeit beendeten, nicht ein einziger mehr in im Berufe ist. Sie gehören größtenteils nicht mehr zu unserer Organisation, weil sie ihren erlernten Beruf nicht mehr ergreifen wollen. Die vier Jahre Lehrzeit sind für dieselben vergebene Zeit gewesen, die sie anderswo hätten besser verwerten können. In andern Orten dürfte es mit den Lehrlingen nicht viel anders bestellt sein.

Auch die Diversifizierungsapparate sprechen ein deutliches Wort dafür, das bei uns der Nachwuchs gewaltig eingebüßt werden muß. Was nützen alle Lohnerhöhungen, wenn ein Teil von uns mit halbem Wochenlohn nach Hause geht und der andre Teil sich mit der fargen Arbeitslosenunterstützung durchschlägt. Verheiratete Kollegen können an ein Familienleben nicht mehr denken, weil ihre Frauen sich gezwungen fühlen, selbst Arbeit zu suchen, um die Übrigen mit zu ernähren. Ja, Buchdruckerhilfe zu sein, ist heute ein hartes Los! Erlangen.

### Lesen — denken und dann Kritik!

Unter dem Titel „Gewerkschaftliche Gesichtsbereitschaft“ veröffentlicht Kollege Matthes aus Chemnitz in der Nr. 47 des „Korr.“ keine Auffassung über die Angelegenheit für die Kurzarbeit und betont dabei, daß seine Ausführungen im „Graphischen Bund“ Nr. 4 seiner Auffassung entgegenstehen. Kollege Matthes beruft sich mit seiner Auffassung auf ein Urteil des Gewerbegerichtes Chemnitz, das nach seinen Begriffen die Aufständigung jeder einflussreichen Kurzarbeit fordert; selbst wenn sich, wie mein Beispiel lautet, die Arbeitszeit ausnahmsweise um acht Tage erhöht. Der Streitfrage im Urteil des Gewerbegerichtes Chemnitz liegt eine ganz andre Angelegenheit zugrunde, denn in diesem Urteil wird ausdrücklich festgelegt, daß der Arbeitgeber bis auf weiteres die Seher an 32stündiger Arbeitszeit pro Woche verpflichtet hat und dann sofort die Durchführung der 24stündigen Arbeitszeit anordnete. Die Auffassung dieses Urteils deutet sich mit dem Artikel meinerseits; es ist unerklärlich, wie Kollege Matthes bei richtigem Erfassen meiner Grundfrage etwas anderes herauslesen kann.

Bei all seiner Kritik muß man erst verstehen lernen, über was man kritisieren will. Theorie und Praxis sind immer zwei sonderbare Begriffe, wenn man nicht versteht, sie faktisch anzuwenden. Die gewerkschaftliche Kampfbereitschaft in solchen Kleinlichen Fragen würde allerdings für die Arbeitnehmerschaft herzlich wenig Bedeutung haben.

In einem früheren Artikel glaubte Kollege Matthes meinen Artikel einer Kritik unterziehen zu müssen und hat bei der Rechtsprechung das soziologische Verständnis vom Richter verlangt. Zugabe, daß die formal-juristische Seite bei Entscheidungen über die Fragen der Arbeitsstreitigkeiten nicht immer dem Interesse der Arbeitnehmerschaft dient, zur Erkenntnis des Geschehes ist es aber wichtig, sich darin zu vertiefen, weil von heute auf morgen eine Umstellung der Rechtsprechung nicht möglich ist und somit die genaue Einhaltung der gesetzlichen Bestimmungen Voraussetzung für den Erfolg bedeutet. Wenn ich nunmehr auf der einen Seite von einem soziologischen Standpunkt der Rechtsprechung rede, so darf man nicht bei einer andern Frage in das Getöse fallen und sich dem Beschuldigten anschließen, daß es einmal vorkommen kann, daß trotz verurteilter Urteilszeit eine Arbeit für acht Tage mit erhöhter Arbeitszeit durchgeführt

wird, ohne hierfür sodann die Verpflichtung zu haben, die Umänderung nach vierzehn Tage zuvor anzukündigen, wenn es schon bei Beginn sofort gesamt worden ist.

Kein Gericht wird den Standpunkt einnehmen, den Kollege Matthes als Haltung der Betriebsräte fordert. Es wird immer wieder an den Vertrauensleuten sowie Betriebsräten und Kollegen liegen, daß mit der genannten Ausnahme nicht eine Regel geschaffen wird.

Über die Verabreichung der Arbeitszeit auf 24 Stunden und die Einführung von Schichtwechsel, wie dies in Erscheinung tritt, ist Kollege Matthes der Auffassung, daß die Tätigkeit des einzelnen nicht gestört werden soll, sondern als solcher im ganzen solche Arbeitsfähigkeit fixieren.

Die Verordnung vom 12. Februar 1920 sagt vor allen Dingen, daß die Wirtschaftlichkeit des Betriebs berücksichtigt werden soll, und dann erst die menschliche Arbeitskraft kommt. Wenn wir auch diese Auffassung nicht in jedem Falle unterstreichen, so muß man bei Behandlung dieser Frage immer auf den Wortlaut und Sinn solcher Darlegungen Rücksicht nehmen.

Die Einführung von schichtweisem Arbeiten ist zweifellos für die Arbeitnehmerschaft bei verkürzter Arbeit nachteilig, doch sind die Meinungen selbst in Kreisen der Kollegen so unterschiedlich, daß die Beteiligten hierüber von Fall zu Fall selbst entscheiden werden.

Bei allen Streitfragen, die entstehen, kommt es auf den Geist an, den die Kollegen durch Ausübung der Solidarität gegenseitig an den Tag legen. Dieser Geist wird die Spruchpraxis der Schlichtungsausschüsse beeinflussen. Die Ansicht der Kollegenschaft in den Betrieben ist teilweise geleitet von persönlichen Motiven ohne Rücksicht auf die Interessen der Gesamtheit; in dieser Beziehung muß es besser werden. Die Zeit der Krise muß die Kollegenschaft erleben zur fortschrittlichen Behandlung aller Fragen aus dem Arbeitsrecht. Ob dazu die Auffassung, wie sie Kollege Matthes in seinem Artikel festgelegt hat, beiträgt, ist zweifelhaft, denn nur vollständige Erkenntnis der gesetzlichen Bestimmungen und zu gleicher Zeit die Behandlung nach großzügigen Gesichtspunkten wird die Mäßigkeit schaffen, die Kollegen zur gewerkschaftlichen Kampfbereitschaft zu erleben.

Mürnberg.

Franz Baier.

### Kollegenwürde

Die Arbeitslosen wandern  
In Scharen hier umher,  
Sie suchen wie die andern  
Ihr Brot — und finden's schwer.

Das Wandern ist heutzutage für den Buchdrucker nicht mehr so herzerfrischend wie Anno Dazumal. Hoffnungslos, denn Aussicht auf Kunst besteht bei den traurigen Verhältnissen in unserm Gewerbe sehr wenig. Wohl neht die Luft noch frisch und rein, doch der Magen läßt den armen Kunden seines Lebens niemals froh werden.

In vielen größeren Städten ist von den Ortsvereinen Vorsoorge getroffen für freies Nachtquartier und Abendbrot, aber in den meisten Druckstädten werden unsre reisenden Kollegen spärlich abgefertigt. Von Kollegialitätsgefühl wenig zu merken. 20 bis 100 Papiermark (= ungefähr 2 1/2 Pfennig) als Ortsgefchenk sind zu wenig. Hier muß unbedingt Hieser in die Tasche gegriffen werden. Zum Beispiel wir sind eine etwas über ein Dukend starke Mitalliebschaft und haben als Ortsgefchenk den jeweiligen Betrag von einem Liter Bier (zur Zeit 800 M.) festgelegt. Mit Genußnahme muß ich feststellen, daß es sich die Kollegen nicht nehmen lassen, einige blaue Rappen extra zu spenden, wovon die durchreisenden Kollegen sichlich überlastet scheinen, und nach all den bitteren Klagen überzieht das weitergebräunte Gesicht der lieben Kunden ein zufriedenes Lächeln.

Nicht mit Bettelbittenden soll man unsre Kollegen abspießen, sondern ihr Besud muß uns an unser Pflichtgefühl erinnern und ihnen Unterstützung zuteil werden lassen, damit sie nicht ständig von den Gedanken verfolgt werden:

Und so bleibt er denn dabeim bei „Mutter“,  
Weil es da „am besten“ ist.

Vorchheim.

G. Abwandner.

### Sterbekassengründungen und Volksfürsorge

In der Arbeiterschaft Deutschlands begegnete man in den letzten Monaten mehrfachen Versuchen, sich durch Gründung von Sterbekassen die Last der unerträglichsten Kosten, die ein Begrübnis heute verursacht, zu erleichtern. Die Träger dieser Bestrebungen sind teils Gemeinden, teils Gewerkschaften, teils auch Parteinstanzen. So verständlich diese Bestrebungen an sich sind, so ist doch sehr zu bedauern, daß alle jüngsten Erfahrungen, die man gerade auf dem Gebiet des Sterbekassenwesens immer wieder gemacht hat, nichts gefruhtet haben.

Es hat sich herausgestellt, daß sich die angeblich bedeutend niedrigeren Verwaltungskosten bei den Sterbekassen nur als einmalig durchführbar erwiesen, daß aber mit zunehmendem Umfang der Sterbekassen diese keineswegs billiger, sondern eher teurer arbeiten als Versicherung, ohne daß sie in der Lage wären, die rechnungsmäßige Gewähr für die Erfüllung der eingegangenen Verpflichtungen zu bieten

wie die Lebensversicherung. Es kann für einen einsichtigen, die trüben Erfahrungen anderer berücksichtigenden Menschen keinem Zweifel unterliegen, daß sein Bedürfnis nach einem vor den unerschwinglichen Kosten eines Bezugs auf die Dauer am besten und sichersten gewahrt ist durch eine Versicherung bei einer großen Versicherungsgesellschaft, die vielleicht scheinbar teurer ist als eine Sterbekasse, die aber im Grunde nichts verspricht und nichts versprechen darf, was sie nicht auch zu erfüllen in der Lage ist. Das Schicksal der meisten der gegründeten Sterbekassen und die in der Fülle ihrer Kraft bestehenden großen Lebensversicherungsgesellschaften geben für diese Ansicht den klarsten Beweis.

Diese Erkenntnis war es u. a. auch, die die Gewerkschaften und Genossenschaften vor einem Jahrzehnt veranlaßte, ein eigenes Versicherungsunternehmen ins Leben zu rufen. Die „Volkswirtschaft“ ist für die deutsche Arbeiterchaft das Versicherungsunternehmen, das auf sicherer versicherungstechnischer Grundlage aufgebaut ist und den bei ihm Versicherten die Summe garantiert, die bei Stellung des Antrags vereinbart worden sind. Der Gedanke der Lebensversicherung erschöpft sich aber nicht darin, daß er es den Hinterbliebenen ermöglicht, die Kosten für das Begräbnis aufzubringen, sondern er will die Hinterbliebenen darüber hinaus vor den schlimmsten Sorgen nach dem Tode ihres Ernährers sichern. Die „Volkswirtschaft“ propagiert daher mit großem Erfolge, Versicherungssummen abzuschließen, die nicht nur die Begräbniskosten zu decken, sondern die den Hinterbliebenen noch einen Morgengeld zu sichern imstande sind. Die Bestrebungen vieler Vereine, ihre Mitglieder insgesamt zu versichern, hat die Leitung der „Volkswirtschaft“ als berechtigt anerkannt und ihnen durch die Schaffung eines Sterbekassentaris Rechnung getragen. Danach sind Kollektivversicherungen für Vereine mit hundert Mitgliedern aufwärts möglich. Dieser Tarif stellt eine brauchbare und vor allem sichere Grundlage dar, auf der die Bedürfnisse nach einer reinen Todesfallversicherung unter günstigen Bedingungen befriedigt werden können. Über die Einzelheiten dieser Versicherungsart geben die zahlreichen Rechnungsfeststellungen der „Volkswirtschaft“ und gegebenenfalls das Hauptbureau in Hamburg 6 jederzeit erschöpfende Auskunft.

Es darf nicht das Schicksal der Gründungen der deutschen Arbeiterchaft sein, daß man sie, kaum geschaffen, durch Hunderte von Sondergründungen, auf unsicherer Grundlage aufgebaut, in ihrer Entwicklungsmöglichkeit hindert. Gerade von denjenigen, die das Wort von der Sozialversicherung dauernd im Munde führen und von andern in dieser Beziehung Taten erhoffen, sollte erwartet werden, daß sie das große Versicherungsunternehmen der deutschen Arbeiterchaft stützen und fördern, damit es in den Stand gesetzt werde, alle erfüllbaren und berechtigten Wünsche der Arbeitnehmer zu erfüllen. \* \*

## Aus dem Genossenschaftsleben

### Konsumgenossenschaftliche Leistungen und Notwendigkeiten

Die Großeinkaufsgesellschaft Deutscher Konsumvereine m. b. H. in Hamburg kann im Jahre 1924 auf eine für die organisierten Verbraucher erfolgs- und reichhaltige dreißigjährige Tätigkeit zurückblicken. Aus kleinsten Anfängen heraus hat sich die Großeinkaufsgesellschaft während dieser Zeit zu einem führenden und größten Handelsunternehmen Deutschlands entwickelt. Am Jahresabschluss 1922 waren 1030 Konsumvereine Gesellschafter der Großeinkaufsgesellschaft, wohingegen insgesamt 1535 Konsumvereine ihre Bedürfnisse an Lebensmitteln und Gebrauchsgegenständen von der Großeinkaufsgesellschaft bezogen. Der getätigte Warenumsatz belief sich im Jahre 1922 auf 38 175 732 000 M., davon Gruenergebnisse aus den eigenen Betrieben im Werte von etwa 3 827 000 000 M. In den ersten fünf Monaten des Jahres 1923 lieferte die Großeinkaufsgesellschaft den angeschlossenen Konsumvereinen Lebensmittel und andre Bedarfsgegenstände im Betrag von 201 101 000 000 M.

Die Belieferung der Vereine erfolgt in der Hauptsache aus den zu 1/2 eigenen Lagerhäusern der Großeinkaufsgesellschaft. Hervorzuheben ist immer wieder, daß die Großeinkaufsgesellschaft im Verlaufe von 29 Jahren nicht nur Großkaufmann, sondern seit etwa 13 Jahren auch Großindustrieller geworden ist. 25 eigene leistungsfähige Fabrikbetriebe, darunter eine ansehnliche Reihe von durch die Großeinkaufsgesellschaft selbst erbauten modernen Mutterbetrieben; außerdem legen weitere 16 Nebenbetriebe Zeugnis ab, was planmäßiges Zusammenarbeiten der organisierten Konsumenten vermag. Die Errichtung weiterer Produktionsbetriebe bzw. der Ausbau und die Erweiterung bestehender Betriebe wird planmäßig durchgeführt. Die Ausführung größerer Projekte wird jedoch wesentlich erschwert durch die herrschende Geldentwertung und den damit verbundenen Mangel an ausreichendem Betriebskapital. Darunter dürfen jedoch die Aufgaben einer konsumgenossenschaftlichen Bedarfsmitteleherzeugung und -verteilung nicht leiden. Die hierfür erforderlichen Mittel herbeizuschaffen, muß für jeden einsichtigen Volkswirtschaftler und Genossenschaftler eine Ehrenpflicht sein.

Zur Stärkung ihrer Betriebsmittel legt deshalb die Großeinkaufsgesellschaft eine neue Obligationssanleihe mit beweglichem Zinssatz auf. Die Verzinsung beträgt mindestens 6 Proz. und höchstens 15 Proz. jährlich. Zur Zeichnung dieser Anleihe werden alle Genossenschaftsfreunde aufgefordert, die irgendwie in der Lage sind, diesen gemeinnützigen und sozialen Zwecken ihre künftigen Mittel zur Verfügung zu stellen. Die Anleihe ist eingeteilt in Teilschuldverschrei-

bungen zu 25 000, 50 000 und 100 000 M. Für die Teilschuldverschreibungen haftet die Großeinkaufsgesellschaft mit ihrem gesamten immobilien und immobilien Vermögen.

Nach den Genossenschaftsfreunden, die dem Zuge der Zeit folgen in ihrem Bestreben, den Wert ihres beschiedenen Besitzes vor weiterer Entwertung zu schützen, ist die Möglichkeit zu einer gewissen Sicherung gegeben. Zu diesem Zweck ist die Großeinkaufsgesellschaft bereit, bis zu einer gewissen begrenzten Höhe Darlehen in der Form von Bankeinzahlungen heranzunehmen. Diese Darlehensgelber sind als wertbeständige Bankeinzahlungen auf mindestens fünf Jahre fest — also fünf Jahre un kündbar — zu begeben und müssen in jedem Einzelfalle mindestens 25 000 M. betragen. Die Verzinsung der „wertbeständigen Bankeinzahlungen“ erfolgt in Papiermark, und zwar bis auf weiteres mit 6 Proz. für das Jahr.

Auskunft über Anleihebedingungen und Prospekte sind bei den Konsumvereinen des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine zu erhalten oder direkt von der Bankabteilung der Großeinkaufsgesellschaft Deutscher Konsumvereine, Hamburg 1, Besenbinderhof 52.

Genossenschaftler, tut, was in euren Kräften steht, sorgt für die Stärkung der genossenschaftlichen Betriebsmittel!

## Korrespondenzen

**Berlin.** (Brandenburgischer Maschinenfabrikverein.) In der Versammlung am 17. Juni konnte der Vorsitzende u. a. die erfreuliche Mitteilung machen, daß zur Zeit keine arbeitslosen Maschinenfabriken vorhanden seien, was wohl hauptsächlich auf die Vertriebsarbeiten zurückzuführen wäre. Ferner ersuchte Kollege Stern unsere kriegsbeschädigten Kollegen, nichts unversucht zu lassen, um eine höhere Rente zu erlangen. Erst kürzlich habe ein Kollege Erfolg gehabt. Unser Sommerfest findet am 12. August in der Brauerei Friedrichshain statt. Alsdann hielt Kollege Kreschmer einen Vortrag über den Tarifvertrag der Schweizer Kollegen. Er ging zunächst auf den vorausgegangenen Streik ein und schilderte die großen Schwierigkeiten, die zu überwinden waren, ehe die Prinzipale an den Verhandlungstisch gebracht werden konnten. Die Schweizer Kollegen seien zwar mit dem Ergebnis unzufrieden, aber im Vergleich zu uns seien sie doch weit besser daran. Der Redner ging ausführlich auf die einzelnen, speziell uns Maschinenfabriker interessierenden Fragen ein und ersuchte zum Schluß die Kollegen, nicht gleichgültig zu bleiben, vielmehr nachzudenken und Anregungen zu geben, die unsere Vertreter bei unseren nächsten Tarifverhandlungen mit verwerten könnten. Nur dadurch sei es möglich, wieder dahin zu kommen, wo wir vor Jahren gewesen sind. Der wöchentliche Beitrag wurde ab 1. Juli auf 200 M. festgesetzt. In die Zentralkommission wurde Kollege Billewitsch gewählt. Zur Aufnahme meldeten sich 10 Kollegen. Nächste Versammlung am 5. August.

**Brieg.** Am 16. Juni hielt der Ortsverein eine außerordentliche Mitgliederversammlung ab, die der wichtigen Tagesordnung wegen hätte vollzählig besucht werden können. Nach Erledigung geschäftlicher Angelegenheiten nahm man Stellung zum Lohnabkommen vom 9. Juni; ganz besonders aber zu dem Vorhaben der Prinzipale in den Provinzen Schlesien, Pommern und Ostpreußen. Nach kurzer, erregter Debatte wurde einstimmig resolviert, daß man mit Entrüstung Kenntnis von dem Vorhaben der Prinzipale Schlesiens, Pommerns und Ostpreußens nehme. Es könne nur völliges Bestimmen der Verhältnisse in den in Frage kommenden Kreisen sein. Der Osten, und ganz besonders Schlesien, steht in keiner Weise in betreff Leuerung dem übrigen Reich nach. Die Schwerindustrie und die valutasstarke Tschechoslowakei reden eine deutliche Sprache für die hohen Preise in dieser Provinz. Der Ortsverein Brieg lehnt das Ansinnen der Prinzipale, die Ostprovinzen mit einem Lohnabschlag zu bealassen, ganz entschieden ab und ist gewillt, die Ergrünungschaften mit dem Äußersten zu verteidigen. Der Ortsverein ist vielmehr der Ansicht, daß für Brieg nicht 12½, sondern infolge seiner bedeutenden Leuerung 17½ Proz. Lokalausschlag zu verlangen seien.

**Gemnik.** Am 18. Juni fand die Monatsversammlung statt, die einen leidlichen Besuch zu verzeichnen hatte. Der Ortsbeitrag wurde ab 1. Juli neu festgesetzt, er beträgt 200 M. pro Woche. Kollege Matthes hielt einen Vortrag über: „Grundtriebkräfte gewerkschaftlichen Handelns“. In kurzen, aber treffenden Sätzen beleuchtete er die verschiedene Einstellung der Gewerkschaftsmitglieder und forderte die Kollegen auf, den Gemeinschaftssinn voranzutreiben. Wenn das ein jeder befolge, so müßten die Gewerkschaften weiter kommen, was man von den letzten Jahren nicht behaupten könne, denn Stillstand sei doch gleichbedeutend mit Rückgang. Er erntete mit seinen Ausführungen den Beifall der Versammlung. In der Diskussion ergriffen drei Kollegen der Opposition das Wort. Mit Befriedigung kann festgestellt werden, daß ihre Ausführungen sich durchaus in sachlichen Grenzen hielten. Die gemeinsame Not der arbeitenden Volkswaffen scheint in dieser Beziehung ausgleichend gewirkt zu haben; es wäre sehr zu wünschen, nicht wieder in die alten Fehler zu verfallen, sondern im Interesse der Gesamtheit sich auf sachliche Opposition zu beschränken. Unter dem Punkte „Bereinsangelegenheiten“ wurde von mehreren Seiten auf die Kampfweise der kommunistischen Presse gegen die Buchdrucker hingewiesen und abfällige Kritik daran geübt. In diesem Punkte wird die Opposition den Kritikern wohl recht geben müssen. Die Versammlung zeigte sich überhaupt dadurch aus, daß die Dinge leidenschaftslos und objektiv behandelt wurden. Es steht

demaufolge zu hoffen, daß der Versammlungsbesuch in Zukunft wieder ein regerer sein wird, zum Wohle der Mitglieder und zur Festigung des gewerkschaftlichen Gedankens.

**Dessau.** Die Maschinensetzervereinigung Gau „Ander Saale“ hielt am 17. Juni hier ihre Generalversammlung — die 21. seit ihrer Gründung — ab, die recht gut besucht war. Nach geschäftlichen Mitteilungen des Vorsitzenden Winter (Magdeburg) wurden der Jahres- und der Kassenbericht besprochen und dem Kassierer Entlastung erteilt. Sodann kamen folgende Anträge zur Beratung: 1. Infolge der fortwährenden Geldentwertung beträgt die Höhe des wöchentlichen Beitrages vom 1. Juli 1923 ab 10 Proz. des jeweiligen Verbandsbeitrages. 2. Das Eintrittsgeld beträgt von jetzt ab 200 M. Wiedereintretende haben den doppelten Betrag zu entrichten. 3. Der Bezirk Dessau ist aufzulösen und dem Bezirke Magdeburg anzugliedern. Die Anträge 1 und 2 fanden einstimmige Annahme, während Antrag 3 nach lebhafter Aussprache zurückgezogen wurde. Beim Punkt „Tarifliches“ machte der als Gast anwesende Vorsitzende der Leipziger Maschinensetzervereinigung, Kollege Richter, recht interessante Ausführungen, die mit gespanntester Aufmerksamkeit verfolgt wurden und den lebhaftesten Beifall ernteten. Der bisherige Vorstand wurde einstimmig wiedergewählt. Die Wahl des nächstjährigen Tagungsortes überließ man dem Vorstand.

**Frankfurt a. M.** (Maschinensetzervereinigung Frankfurt-Hessen.) Die Kollegen von Darmstadt, Mannheim, Mainz, Aschaffenburg usw. werden auf die am Sonntag, dem 8. Juli, vormittags 10 Uhr, im kleinen Saal des „Gewerkschaftshauses“ in Frankfurt a. M. tagende Maschinensetzervereinigung aufmerksam gemacht. Unser Zentralvorsitzender Kollege Lehmphul (Berlin) referiert in der Versammlung.

**Neustadt a. d. Saardt.** Die Bezirksversammlung am 9. Juni wies einen gegen sonst guten Besuch auf. Die Lage im Gewerbe bildet den reichsten Gesprächsstoff. Die durch so viele Mißlichkeiten im Gewerbe ohnehin schon erregten Gemüter kamen begreiflicherweise zum Sieden, als unsre „glänzend miserablen“ Lohnverhältnisse zur Sprache kamen. Scharf und sehr berechtigt geäußert wurde die stetige Zurücksetzung unsres Bezirks in betreff Sonderzulagen. Nachweisbar konnte festgestellt werden, daß Neustadt, was Teuerung anbelangt, mit an erster Stelle steht. Ein Angebot der Prinzipalität von 5 Proz. Zulage wurde einstimmig als viel zu niedrig zurückgewiesen. Es wäre im allgemeinen Interesse zu wünschen, daß sich örtliche Aktionen erübrigen. Zu Punkt 5 wurde beschlossen, auch diesmal unser Johannisfest im engeren Kollegenkreise zu feiern. Der Bezirksbeitrag wurde ab drittem Quartal auf 200 M. erhöht.

**Quedlinburg.** Aus Anlaß des 50jährigen Bestehens unsres Gaues führte sich auch unser Ortsverein verpflichtet, eine würdevolle Gau-juhiläumfeier, verbunden mit gleichzeitiger Feier des Johannisfestes, zu veranstalten. Trotz der trostlosen Verhältnisse war die Beteiligung eine erfreuliche. Die Einleitung bildete eine vom Vorsitzenden Wagner gehaltene Ansprache, in der er nebst dem Schöpfer unsrer Kunst besonders auch der Gründer und Förderer unsres Gaues gedachte. Die Errungenschaften dieser Männer hochzuhalten, sei Pflicht eines jeden Mitgliedes. Dem darauf folgenden Festgange folgten abwechselnd musikalische Darbietungen und komische Vorträge. Ein anschließendes Tanzkränzchen hielt die Teilnehmer frohlich beisammen.

**Soldin (Nr.).** Über das kollegiale Verhalten der hiesigen Kollegen ist in Nr. 57 des „Korr.“ unter „Korrespondenzen“ aus Frankfurt a. D. Klage geführt worden. Schreiber jener Zeilen, die für jeden einzelnen Kollegen hier beleidigend sind, möchte sich erst richtig über das Verhalten der Soldiner Kollegen orientieren. Eine Landbundzeitung kommt hier wohl zum Druck, aber deshalb existiert hier immer noch keine „Landbundsdruckerei“. Welcher Kollege hat sich denn dazu hergegeben, eine vierwöchentliche Schiebung in Zorndorf zu absolvieren? Ein Soldiner Kollege nicht! Da im Bericht über den Frankfurter Bezirksbelegiertentag gesagt ist, das Verhalten „etlicher Kollegen“ biete zur Klage Anlaß, so kann sich ja ein jeder hier getroffen fühlen. Wir 20 Kollegen hier protestieren gegen solche öffentliche, haltlose Verdächtigungen und erwarten Widerruf von Frankfurt a. d. O. H. Heinze, Vorsitzender.

**Stettin.** Gelegentlich der Monatsversammlung am 18. Juni war Kollege Braun (Berlin) auf einer Urlaubreise durch Pommern begriffen und war dem Wunsche unsres Gauvorsitzers gefolgt, in Stettin Raß zu machen. Wenn Kollege Braun auch auf einen zeitgemäßen Vortrag nicht recht vorbereitet war, so führte er doch den Stettiner Kollegen die Geschehnisse in unsrer Gewerkschaft in letzter Zeit vor Augen. Besondere Erregung brachten seine Ausführungen in bezug auf das Vorhaben der Prinzipale des Ostens — dem sich auch die pommerschen Prinzipale mit großem Eifer anschließen —, das dahin geht, unbedingt einen niedrigeren Lohn zu zahlen, da man ihrer Ansicht nach hier viel billiger lebt als in andern Gegenden Deutschlands. Er schilderte die Verhältnisse in unserm Gewerbe und die traurige Lage vieler Kollegen, die schon bis zu 40 Wochen arbeitslos sind, und auch wenig Aussicht haben, in andern Berufen unterzukommen, da die für den Buchdrucker geeigneten Berufe selbst überfüllt sind. An Hand einiger Beispiele gab Redner manchen Fingerzeig. Alle Diskussionsredner waren in scharfen Worten der Ansicht, daß an einen Lohnabschlag gar nicht zu denken sei; mit den härtesten Mitteln könnte hier nur geantwortet werden. Einstimmig wurde beschlossen: „Die Stettiner Mitglieberschaft protestiert mit aller Macht

gegen die Absicht der Prinzipale, einen Lohnabbau vorzunehmen. Sie wird sich auf keinen Lohnabbau einlassen und sich mit allen Mitteln den Tariflohn erringen. Sie erwartet von den Gehilfenvertretern, daß sie jedes Lohnabkommen ablehnen, das diesen Lohnabbau für den Osten mit sich bringt.“ Beschlossen wurde noch, beim Ableben eines Kollegen ein Fünftel des jeweiligen Verbandsbeitrages an sammeln, um den Hinterbliebenen über die erste Not hinwegzuhelfen. Die Besteuerung zum Arbeitslosenunterstützungsfonds wurde auf 500 M. erhöht. Durchreisenden Kollegen wird bei Versammlungsbesuch die Hälfte Reiseunterstützung für Bezugsberechtigte gezahlt.

**Würzburg.** Die Versammlung am 8. Juni war, ebenso wie die letzte, schlecht besucht. Das Andenken eines Alten, des Seberinvaliden Ludwig Weindel, der in diesem Jahre sein 50jähriges Jubiläum hätte feiern können, wurde entsprechend geehrt. Unter „Mitteilungen“ brachte der Vorsitzende zur Sprache, daß auch hier die Arbeitslosigkeit immer schlechter werde und ein Unterbringen von Arbeitslosen fast unmöglich sei. Daneben machte sich, namentlich in den kleinen Druckereien, das Verkürrstarbten immer breiter. Schiffandis versuchen manche Prinzipale durch Antreiberien die Notlage der Gehilfen auszubeuten. Auch treibt die Schmuckkonkurrenz die widerlichsten Blüten; hier wollen die Prinzipale durch Verbängung von Geldstrafen dagegen vorgehen. Trotz der Mahnrufe der Regierungen, das daniederliegende Gewerbe durch Zuweisungen von Druckerarbeiten zu unterstützen, tun die unteren Behörden das Gegenteil. So hat der Stadtrat den Haushaltplan in eigener Steindruckerei herstellen lassen. Aber nicht etwa aus Sparfamkeitsgründen — das teure Papier wurde geradezu verschwendet —, sondern angeblich, um den einen Steindruck voll zu beschäftigen. Bezeichnend hierbei ist aber noch, daß nicht etwa die bürgerlichen Stadträte — die doch sonst die berufenen Vertreter des Mittelstandes sein wollen — dieses Verfahren kritisierten, sondern sozialdemokratische. Beschlossen wurde noch, das 60jährige Stiftungsfest des Ortsvereins, dem Ernst der Zeit Rechnung tragend, im kleinen Rahmen abzuhalten. Daselbe findet am 2. September im „Luisengarten“ statt. Die Kollegen des Bezirks sollen hierzu eingeladen werden.

## Allgemeine Rundschau

**Nachahmenswertes Beispiel.** In Anbetracht der sprunghaft zunehmenden Teuerung gewährte die Firma C. M. Leyfried & Co. in München (Kommerzentrat C. Schnell) ihrem Personal eine einmalige Teuerungszulage von 2 Millionen Mark, was für die Beteiligten einen Betrag von je 36 000 bis 54 000 M. ergab.

**Neues Lohnabkommen für das Buchbindergerwebe.** Für die Zeit vom 21. Juni bis 4. Juli wurde der Spitzenlohn eines verheirateten Buchbindergehilfen in der höchsten (I.) Ortsklasse um 75 Proz. erhöht. Die Stundenlöhne eines verheirateten Gehilfen liegen je nach Orts- und Altersklasse zwischen 4900 und 6800 M., für ledige Gehilfen zwischen 3310 und 6550 M.

**Außerordentliche Bezugspreiserhöhungen für Juli.** Der Verein Deutscher Zeitungsverleger hat auf seiner Tagung in Breslau eine Ankündigung an die Lesewelt beschlossen, daß ganz bedeutende Erhöhungen der Abonnements eintreten müssen. Die letzten Preiserhöhungen für das Zeitungspapier seien „so weit über die phantastischsten Befürchtungen hinausgegangen“, daß in den Junibezugspreisen diese ungeheure Mehrbelastung nur zu einem geringen Bruchteil zum Ausdruck gekommen sei. Innerhalb weniger Wochen wäre der Preis für einen Eisenbahnwagen mit Zeitungspapier von 15 auf 25 Millionen Mark gestiegen. Da ausländisches Holz mitverwendet werde (und das deutsche Papierholz auch ganz außerordentlich verteuert unterliegt) sowie die zwischenzeitigen Steigerungen der Kohlenpreise und die rasche Marktentwertung sich sehr stark fühlbar machen, übertrags auch die sonstigen Kosten der Tageszeitungen, im besondern das Nachrichtenwesen, enorme Preiserhöhungen erfahren, so müsse eben der Bezugspreis diesen Erscheinungen mehr angepaßt werden. Wir hoffen, daß die Zeitungsverleger aber doch noch die Krücke im Dorfe lassen, denn der Gehilfenschaft erteilt man gern solche Ratsschlüsse, obwohl für sie die Preisschraube noch empfindlicher wirkt.

**Neuer Zeitungspapierpreis für die zweite Junihälfte.** Mit vereinten Kräften haben die Papier- und die Zellstoffabriken unter Zustimmung der Kohlenverteuertung und anderer Momente, die unser heutiges Wirtschaftsleben illustrieren, den Papierpreis von 254 979,50 M. am 1. Juni auf 275 472,50 M. für 100 Kilo heraufgebracht. Nach dieser Zwischenregulierung wird zum Juli wohl wieder mit der üblichen Verspätung ein Hauptschlag erfolgen, der einen neuen Preisrekord der Preisrennmaschine darstellt.

**Arbeitsmarkt und Wirtschaftslage im graphischen Gewerbe und in der Papierindustrie.** Nach dem vom „Reichsarbeitsblatt“ am 16. Juni erstatteten Monatsbericht ist die meist sehr geringe Beschäftigung der graphischen Betriebe vereinzelt einer Besserung gewichen. In Berlin zeigt sich wegen der Ferien, aber auch wegen des noch verstärkten Geldbrudes, ansteigende Konjunktur. In Bremen ist für Setzer und für Steindrucker eine Besserung eingetreten. Hamburg berichtet ebenfalls über bessere Arbeitslage für Steindrucker und für Anlegerrinnen. In Leipzig machen sich die Ferien auch entlastend für den Arbeitsmarkt bemerkbar; die Nachfrage nach Maschinensetzern war hier aut. In Sachsen hat sich dann noch im photomechanischen Gewerbe Nachfrage nach jüngeren Arbeitskräften gezeigt. Im allgemeinen ver-

hindert die ständige Verteuerung der Rohmaterialien und die fortwährende Schwächung der Kaufkraft der weniger kapitalstarken Abnehmer eine nennenswertere Belebung der Geschäftslage. — Über die Buchdrucker im allgemeinen ersehen wir aus einem von unsrer Hauptverwaltung am 11. Juni erstatteten Berichte, daß nach den über 66 000 Mitglieder vorliegenden Angaben 6952ollarbeitslose vorhanden waren; es können also unter Einrechnung der nicht erfassten 4000 Mitglieder 11 Proz. Ollarbeitslose angenommen werden. Kurzarbeiter sind 9600 in 1110 Betrieben festgesetzt worden. Da hier viel eher Nichtmeldungen vorkommen, so ist mit über 15 Proz. Kurzarbeitern zu rechnen. Es arbeiteten wöchentl. 25 und mehr Stunden verkürzt 112 Mitglieder in 35 Betrieben, 17 bis 24 Stunden 3292 in 547, 9 bis 16 Stunden 2695 in 313, 1 bis 8 Stunden 3501 in 215 Betrieben. Im allgemeinen ist ein kleiner Rückgang in der Arbeitslosenzahl eingetreten; da dies hauptsächlich auf die Vertenaushilfen zurückzuführen ist, so kann von einer tatsächlichen Besserung noch nicht gesprochen werden. Die immer noch sehr lange Dauer der Arbeitslosigkeit im Buchdruckgewerbe ist vielmehr ein untrügliches Zeichen, daß es recht schlimm aussieht. In unsrer verrückten, von Lug und Trug und brutalen Profitinstinkten beherrschten Zeit ist es ja aber schon ein Gewinn, wenn es nicht ständig im Galopp noch schlechter wird. In Leipzig waren am 2. Juni 478, am 23. Juni 403 Gehilfen arbeitslos; in der Stereotypie und Galvanoplastik im besondern an den gleichen Tagen: 44 bzw. 26. Die großen Auflagen sind eben nicht mehr vorhanden wie früher. — In der Papierindustrie hat sich vielfach eine kleine Hebung des Beschäftigungsgrades angebahnt. Exportaufträge gehen wieder etwas ein. Die Zellstoffindustrie zeigt im Inlande immer noch geringen Absatz, das Auslandsgeschäft dagegen ist außerordentlich lebhaft, die Preiserhöhung stark. Es wurden vielfach Entlassungen vorgenommen, da große Vorräte angehäuft sind. Bei den Papierfabriken trat Belebung des Geschäfts durch die Marktverschlechterung ein. Die Spekulation mit dem sogenannten Eindecken hätte also wieder einmal geklappt. Im Papiergroßhandel zeigt sich ein ähnliches Bild.

Schon wieder Erhöhung der Schlüsselzahl im Buchhandel! Hiermal im Juni (4., 14., 21. und 25.) haben die Verleger die Preisschraube kräftig angezogen. Zuletzt von 6300 auf 8000. Also nur vier Tage haben die 6300 vorgehalten. Das ist banal! Derweilen jammeru in Sprechsaalartikeln der Leipziger Tageszeitungen Buchhandlungsgehilfen über die elenden Gehälter. Ein Skandal, den wir den Herren Verlegern noch anstreifen werden.

Weitere Erhöhung der Erwerbslosenunterstützung. Nach erfolgter Zustimmung des Reichsrats ist mit Wirkung vom 25. Juni an eine weitere Erhöhung der Unterstützungssätze für Erwerbslose und Kurzarbeiter eingetreten. Es gelten nunmehr folgende Sätze für den Tag:

Ortssklasse	A	B	C	D/E
Männer über 21 Jahre mit eigenem Haushalt . . . . .	9000	8400	7700	7100
ohne eigenen Haushalt . . . . .	7900	7400	6800	6300
unter 21 Jahren . . . . .	5500	5100	4800	4400
weibliche Personen über 21 Jahre mit eigenem Haushalt . . . . .	7900	7400	6800	6300
ohne eigenen Haushalt . . . . .	6600	6100	5700	5200
unter 21 Jahren . . . . .	5000	4600	4200	3900
Zuschuß für Ehegatten . . . . .	3300	3200	3000	2800
Zuschuß für Kinder und sonstige unterhaltungsberechtigete Angehörige . . . . .	2600	2400	2300	2100

Der Höchstbetrag einschließlich der Zuschläge für unterhaltungsberechtigste Angehörige beträgt das Dreifache des nach Alter, Ortssklasse usw. in Frage kommenden Unterstützungssatzes. Absoluter Höchstbetrag ist damit: täglich 27 000 M. oder wöchentl. 162 000 M. — Die Unterstützungssätze für die W o c h e betragen:

Ortssklasse	A	B	C	D/E
Männer über 21 Jahre mit eigenem Haushalt . . . . .	54000	50400	46200	42800
ohne eigenen Haushalt . . . . .	47400	44400	40800	37800
unter 21 Jahren . . . . .	33000	30600	28800	26400
weibliche Personen über 21 Jahre mit eigenem Haushalt . . . . .	47400	44400	40800	37800
ohne eigenen Haushalt . . . . .	39600	36600	34200	31200
unter 21 Jahren . . . . .	30000	27600	25200	23400
Die wöchentl. Unterstützung beträgt demnach für ein Ehepaar . . . . .	78500	69600	64200	59400
Ehepaar mit 1 Kind . . . . .	89400	81000	76000	72000
Ehepaar mit 2 Kindern . . . . .	103000	93400	88000	84000
Ehepaar mit 3 Kindern . . . . .	120600	112800	105600	97200

uff. bis zu den Höchstgrenzen. Die Kurzarbeiterunterstützung berechnet sich gleichfalls nach den neuen Sätzen. Der Kurzarbeiter erhält die Differenz zwischen dem Anderthalbfachen der obigen Sätze und der Hälfte seines Arbeitsverdienstes.

Aufhebung zur Kartoffelabgabe. Das Reichsernährungsministerium hat sich endlich auferkrafft die landwirtschaftlichen Spitzenorganisationen zu drängen, ihre Verbände zur Ablieferung der Kartoffelvorräte zu veranlassen, namentlich nach den Großstädten. Wenn nicht noch

mehr mit dem Feuer gespielt werden soll, dann wird dem nachgekommen; denn mit der steigenden Ernährungsnot steigt auch die Erregung. Es muß auch eine Lagerkontrolle beim Großhandel eingeführt werden. Die Ausfuhr von Kartoffeln war zu groß und ihre Verwendung zu Schnaps und Stärke nicht minder.

Nationalistische Nordkummelei und Zerkümmungsakte. Am 24. Juni jährt sich der Tag, an dem Walter Rathenau, ein in unsrer heutigen Zeit nackten Profittinnes ganz seltener Unternehmertypus mit seinem auf neue Wege und Wirtschaftseuegestaltung abzielenden tiefen Denken, als bürgerlicher Reichsminister den Kugeln gekaufter jugendlicher politischer Nordgesellen erlag. Man hat diesen Tag in allen wirklich republikanischen Kreisen in innerer Ergriffenheit besangen, denn der sozialdemokratische Minister Severing hatte im preußischen Landtage gerade erst neue nationalistische Verschwörungen (auch gegen ihn selbst) und elenden Verrat der nationalistischen Terroristen untereinander (Schlageter) aufgedeckt. Die Mutter Rathenaus stiftete die Wille ihres Sohnes dem Reiche zu wissenschaftlicher Verwendung. Der Reichskanzler aber fand in seiner Königsberger Rede am 24. Juni kein Wort für Rathenau! Von Rathenau wandert das Gedanke zu dem ebenfalls von nationalistischen Nordkummen gemeuchelten bürgerlichen Minister Erzberger. In der ersten Zeit der Republik fiel in München Kurt Eisner als sozialdemokratischer Minister durch Schüsse von einem Grafen. Neuring, der sächsische Kriegsminister der gleichen Periode, wurde allerdings vielfach von Linksanatolern hingemordet. Die Zahl der politischen Morde ist im ganzen aber erschrecklich groß seit 1918, und in starkem Überwiegen sind es jugendliche Rechtsradikale, die auf Kommando und gegen Geld aus dem ärgsten reaktionären Klüngel morden. Mehrfach schon gegenzeitig, wenn Spitzelnachricht vorliegen soll, wie einzelne Fälle aus Bayern es bezeugen. Die in Pommern jetzt an dem Korbhügelgänger Walter Radow verübte Singschlachtung durch ein ganzes Kommando von jungen nationalistischen Gemalmenhosen ist ein so schreckliches Verbrechen, daß von deutscher Gesittung in diesen Kreisen, die einst für Kaiser und Reich als höher kultivierte Lebewesen eintraten, nicht mehr gesprochen werden darf. Entsprechend erfüllt alle wirklich gesittete Menschen in Deutschland und man verlangt gebieterisch Einzelschreien der Staatsmacht, die gerade unter der bürgerlichen Regierung sich am ohnmächtigsten erwiesen hat. Wenn man aber hört, daß die Mecklenburger Justiz die Hauptbeschuldigten aus der Haft entlassen hat, dafür jedoch nach den Vertrauensmännern des „Vorwärts“ in dieser Sache sabndet, dann stehen einem die Haare zu Berge od solcher Justizanstände. Der sozialdemokratische Ministerpräsident hat daraufhin jedoch selbst neue Verhaftungen angeordnet. Zu gleicher Zeit kam die Nachricht von einem faszinistischen Dynamitentat auf der sozialdemokratischen Volkswillen“ in Münster (mit Kopfblättern für Hamm und Emden), dessen Gebäude und Druckereianstaltung in weitem Maße zerstört wurden. Eine gänzlich Zerkümmung liegt nicht vor. Wir haben die nächstfällige Nummer (26. Juni) im Umfange von einseinhalb Seiten erhalten. Aber dieser Zerkümmungsakt ist nicht nur hundsgemein in seiner Tendenz, sondern der Materialwert unter den jetzigen Verhältnissen ungeheuer. In der Nacht vom 17./18. Januar ist schon etwas ähnliches diesem Blatte gegenüber verübt worden. (Man erinnere sich der mehrfachen gleichen Versuche, die „Münchener Post“ zu zerstören.) Größeres Unheil wurde aber nicht angerichtet, 17 Geselksten lagen allerdings auf der Erde. Die Polizei betrachtete die Sache als Scherz! Münster ist ein Sammelort für die Saboteure im Ruhrgebiet geworden, nun haben sie sich an den „Novemberverbrechern“ ausgetobt. Daß dieses terroristisch-nationalistisch-monarchistische Gesindel sich so breit machen kann, ist eine Schmach für die Republik Deutschland. Wenn der sächsische sozialdemokratische Ministerpräsident Dr. Seigener da einmal der Cuno-Regierung die Schelle umgehängt hat, so verdient das nur Rachahmung. Entweder für die Republik und Durchgreifen gegen die immer gemeingefährlicher auftretende Reaktion oder Rücktritt von Cuno.

**Verschiedene Eingänge**

- „Schweizer Graphische Mitteilungen.“ Monatschrift für das graphische Kunstgewerbe. 41. Jahrgang. Heft 5. Mai 1923. Redakteur und Herausgeber August Müller in St. Gallen (Schweiz). Preis halbjährlich 6,75 Fr. bei Bezugung unter Auverzt 7,75 Fr.
- „Typographische Jahrbücher.“ Herausgegeben vom Technikum für Buchdrucker in Leipzig. 43. Jahrgang. Heft 6. Mai 1923. Bezugspreis 3450 M. für das zweite Vierteljahr 1923. Verlag Julius Müller, Leipzig, Senefelderstraße 12/17.
- „Die Werte.“ Sozialistische Halbmonatsschrift Herausgegeben von Parvus. Nr. 8, 7, 8, 9, 10. 2. Jahrgang. 1. Band. Preis 400 M. Verlag für Sozialwissenschaft, Berlin SW 68.

**Sterbetafel**

- In Breslau am 10. Juni der Korrektoreinvalide Robert Waller, 72 Jahre alt.
- In Dortmund am 29. April der Juwelle Rietzenberg aus Wittenhof, 86 Jahre alt; am 12. Mai der Maschinenfeger Fritz Weber aus Soest, 48 Jahre alt — Gehirnschlag; am 19. Mai der Seher Heinrich Reuter aus Dortmund, 40 Jahre alt — Gehirnschlag.
- In Dresden am 5. Juni der Maschinenfeger Kurt Meinig, 43 Jahre alt — Schlaganfall.
- In Gumburg am 10. Juni der Seher Friedrich Kramer aus Herberburg, 63 Jahre alt; am 13. Juni der Seherinvalide Joh. Müller aus Gumburg, 65 Jahre alt.
- In Gersfeld am 3. Juni der Drucker Johannes Hies, 61 Jahre alt.
- In Würzburg der Seherinvalide Ludwig Weinbeil, 63 Jahre alt.

Briefkasten

D. H. in R.: Der „Stadtsicher von Apolda“ wird schon eine konzentrierte Form finden, bezügl. die im Falle von G. E. beibehalten werden nicht verloren gehen werden.
H. in R.: Die Verhältnisse: Es mehren sich in letzter Zeit wieder die Fälle, daß lei uns unter Übersetzung von Kapporto nach allem möglichen angefragt wird.

Verbandsnachrichten

Verbandsbureau: Berlin SW 28, Chausseepark 5 II. Fernruf: Amt Kurfürst Nr. 1791
Postfachkonto: Berlin Nr. 102337 (H. Schweinitz)

Graue Staatskassen einsenden!

Spätester Einzahlungstermin für II. Quartal: 12. Juli. Stichtag für die Zahlung der Arbeitslosen: 30. Juni. Auf richtige Frankierung der Staatskassen ist zu achten!

Sampsonverwaltung. Der Begriff „Amour“ erfährt von einigen Reisenden eine Auslegung, die nicht zugebilligt werden kann.
Hauptverwaltung. Die Hauptverwaltung mit Beträgen gemacht wurden, die sich, um sich der Kontrolle zu entziehen und möglichst große Beträge einbehalten zu können, gern des Tricks bedienen, Zahlstellen zu überpringen.

Gau Hamburg-Wilona. Nachstehende Kollegen werden ersucht, ihre Karte bis zum 1. Juli 1923 zu besiegeln, widrigenfalls Ausschluß erfolgt: W. K. Brecht (Hauptbuchnummer 17498), W. Beck (58191), C. Barndt (37896), F. Erdmann (24117), R. Fedderu (117768), H. Setne (17084), W. Henke (17020), E. Hoppe

(17031), R. Klotz (89149), F. Krufe (21191), F. Leppert (31781), Seam. Maad (117819), G. Meilke (117823), F. Müller (6571), R. Röhler (16260), W. Riedel (81470), F. Satzmann (71137), Clemens Schmidt (21570), F. Schneider (48316), G. Schwebt (102231), D. Seebald (102230), R. Senf (2117), H. Binmann (68813), H. W. B. (61107), E. Winter (61025), G. Wollburg (102409), Franz Wullf (88285).

Gau Niedersachsb.-Lued. Der Gaubeitrag beträgt für das dritte Vierteljahr 400 M. wüchentlich.
Gau Mittelrhein. Ab 1. Juli beträgt der wüchentliche Gaubeitrag 400 M., erstmalig zahlbar am 7. Juli.

Gau Schlesien. Der Gaubeitrag beträgt ab 1. Juli (erstmalig zahlbar am 7. Juli) 700 M. Der „Jungbuchdrucker“ wird ab 1. Juli mit 400 M. monatlich vergütet.
Gau Thüringen. Der Gaubeitrag beträgt ab 1. Juli mit 400 M. monatlich vergütet.

Regist. Prenzlauer. Der Beitrag für Juli (erstmalig fällig am 7. Juli) beträgt: Verband 6000 M., Gau 300 M., Bezirk 10 M., im Ganzen 6310 M.

Adressenveränderung

Brandenburg. (Bezirk und Ort.) Vorsitzender: Paul Weidt, Brandenburg, Gartenstraße 8.
Guben. A. H. Vorsitzender: Franz Lindner, Weisenburgstraße 37, I.
Magdeburg. (Bezirk) Vorsitzender: Reinhold Wagner, Magdeburg, Hagauer Straße 28; Gehilfen-Vorsitzender: Emil Scholz, Magdeburg, Lübenstraße 111.

Zur Aufnahme gemeldet

(Einwendungen innerhalb 14 Tagen an die beigefügte Adresse):
Im Gau Hamburg-Wilona die Seher 1. Franz Lebens, geb. in Hamburg 1899, ausgef. das. 1917; 2. Heinrich Steen, geb. in Hamburg 1899, ausgef. das. 1916; waren schon Mitglieder. — Fr. Mansker, Hamburg, Besenbinderhof 67, 11.
Im Gau Leipzig der Drucker Max Kitzel, geb. in Leipzig 1888, ausgef. das. 1907; war schon Mitglied. — L. Hessebarth in Leipzig, Brüderstraße 31.

Arbeitslosenunterstützung

Danzig. (Arbeitsnachweis.) Für das Gebiet der Freien Stadt Danzig verbleibt den Arbeitsnachweis Ämter Lübnauer, Danzig, Kastelle 7.
Königsberg i. Pr. (Arbeitsnachweis.) Die Herren Orts- bzw. Bezirkskassierer werden hierdurch ersucht, die in ihren Bezirken sich aufhaltenden arbeitslosen Kollegen umgehend dem Verwalter zu melden, widrigenfalls die Bestimmungen im Tarif zur Anwendung gelangen.
München. Das Verzeichniss der reisenden Buchdrucker befindet sich Gladenbach 10.

Versammlungskalender

Magdeburg. Maschinenmeister-Halbjahrsbesitzergeneralsammlung Sonntag, den 1. Juli, vormittags um 9 Uhr, in Garburg bei Donauwerth.
Berlin. Außerordentliche Versammlung der russischen Seher Sonntag, den 1. Juli, vormittags 10 Uhr, im „Berliner Klubhaus“, Dönhofsplatz 2.
Breslau. Schriftsetzer-, Stereotypen- und Galvanoplastiker-Halbjahrsbesitzergeneralsammlung Sonntag, den 15. Juli, vormittags 9 1/2 Uhr, im „Gewerkschaftshaus“ (Zimmer 8).
Mosk. Bezirksversammlung Sonntag, den 1. Juli, vormittags 10 Uhr, im „Philharmonie“.

Zentralkommission der Maschinenseher

Der Herren Kassierern zur Beachtung! Der Beitrag für Monat Juli beträgt 200 M.; die erforderliche Erhöhung für August wird bekanntgegeben.

Anzeigen. Die sechsgepaltenen Zeile 50 Mark für Herrinnen, Arbeitsmarkt, Fortbildungs- und Todesanzeigen, sonstige Anzeigen 20 Mark, Rabatt wird nicht gewährt.

Abteilungsvorsteher + Faktor. Tüchtiger Linotypsetzer (ehemaliger Tüchtiger, in allen Epigarten bewandert. Handsetzer mit gutem Geschmack), Mitte 30 (verheiratet), mit dem Mechanismus sämtlicher Modelle vertraut, welcher bereits längere Zeit in leitender Stellung tätig war (etwa 20 Personen umfassende Maschinen- und Handsetzerei), sucht sich gelegentlich zu verändern.

JUNGER TÜCHTIGER LINOTYPESETZER. PERFEKT AN ALLEN MODELLEN ::BESTER MASCHINENKENNER UND -PFLEGER. WÜNSCHT SICH IN ANGENEHME DAUERSTELLUNG ZU VERÄNDERN. Geil. Angebote unter A. M. 510 an die Geschäftsstelle dieses Blattes, Leipzig, Königstrasse 7, erbeten.

Linotypsetzer. 23 Jahre alt, ledig, fünfjährige Praxis, flotter Seher, guter Maschinenkenner (an allen Systemen arbeitend), zur Zeit in ungekündigter Stellung in Berliner Tageszeitung, möchte sich baldigt verändern. In- oder Ausland! Gute Zeugnisse vorhanden. Suchender verfügt über gute Allgemeinbildung, englisch-französische Sprachkenntnisse und würde eventuell auch andre Stellung im Buchdruck annehmen, wenn ihm Gelegenheit zum Vorwärtskommen geboten wird. Gest. Offerten erbeten an Hans Doremann, Neudün, Knefbeckstraße 67.

Tüchtiger Maschinenmeister. erfahrener Werk-, Akzidenz- und Plattendrucker, mit Saugersapparat vertraut, sucht Stellung. Egal wohin! Gest. Angebote unter Nr. 409 an die Geschäftsstelle dieses Blattes, Leipzig, Königstraße 7, erbeten.

Junger Drucker. sicher im besseren Akzidenz-, Illustrations- und Farbendruck, sucht für sofort oder später Stellung im Auslande. Zuschriften erbeten an Herbert Jüling, Chemnitz i. S., Planitzstraße 34 II.

S u c h e. R. Geiffert: „Lehrbuch des Berechnungswesens n. d. Deutschen Buchdruck-Preistafel“ 1910. Df. an Kollegen Janowski, Leipzig-R., Charlottenstr. 11 III. Linotypsetzer. flott und korrekt, alle Modelle, elektr. Selbstausschreibung, mit guten Zeugnissen, wünscht sich in Groß-Berlin zu verändern. Gest. Offerten unter Nr. 514 an die Geschäftsstelle d. Bl., Leipzig, Königstraße 7, erbet.

**Ortsverein Altenburg**  
**40 jähriges Ortsvereinsjubiläum**  
 Sonnabend, den 7. Juli, abends 7 1/2 Uhr:  
**Festversammlung**  
 im Genossenschaftshaus „Goldener Pfug“.  
 Sonntag, den 8. Juli: Waldausflug.

**Linotypeseher**  
 für russischen Satz sucht  
 Buchdruckerei Rudolf Mosse, Berlin SW.

**Alterer Monoline-seher**  
 perfekter Maschinenkenner und -seher, in angenehme Dauerstellung zum 1. oder 8. Juli gesucht nach Königswusterhausen, Bahnhofsstraße 25.

**Tüchtiger Zurechter**  
 erste Kraft, für Dauerstellung sofort gesucht.  
 Norddeutsche Schriftsetzerei, G. m. b. H.,  
 Berlin S 14, Alte Jakobstraße 70.

**Akzidenz-seher Anzeigenseher**  
 25 Jahre, ledig,  
 in allen vorkommenden Arbeiten bewandert,  
 sucht nach  
**Schleswig-Holstein**  
 Dauerstellung.

Werte Offerten unter G. K. 460 an die Geschäftsstelle dieses Blattes, Leipzig, Königstraße 7, erbeten.  
**Katalog-seher Tabellenseher**

**Junger, tüchtiger Akzidenz-seher**  
 20 Jahre alt, sucht Stellung in Leipzig oder Umgebung. (Entwurf, Rundschaff.) Zeugnisse und Druckmuster vorhanden.  
 Gest. Offerten unter E. B. R. 460 an die Geschäftsstelle dieses Blattes, Leipzig, Königstraße 7, erbeten.

Russisch! Deutsch! Lettisch!  
 Alterer, in Wort und Schrift perfekter  
**russisch-lettischer Seher**  
 (Walto), der auch andre slavische Sprachen beherrscht und in allen Satzarten tüchtig, wünscht sich sofort oder später zu verändern, auch Ausland.  
 Gest. Angebote erbeten an  
 Rudolf Schlegel, Heiner i. W.,  
 Hauptstraße 77.

**Typograph-seher**  
 Junger, lediger, tüchtiger  
 alle Modelle, 22 Jahre alt, mehrjährige Praxis, in allen Satzarten bewandert, kost und korrekt, guter Maschinenkenner und -pfeiler, firm in Montage, mit elektrischer, Winkler- und „Bolla“-Heilung vertraut, sucht sich zu verändern. Eintritt nach Aberein-kunft.  
 Gest. Offerten erbeten an K. E. bei J. Gann, Baybach in Heßen, Kornstraße 10.

**Der sichersten Schutz zur Verhütung des Durchbrennens der letzten Spulen am Bogenanleger Universal bietet mein patent. Stromunterbrecher.**



Alleinhersteller und Erfinder: R. Linders-  
 Braunschweig, Soslarische Straße 61.

**Buchdruck-maschinenmeister**  
 24 Jahre alt, im Akzidenz-, Werk-, Illustrations- und Farbendruck nur Bestes leistend,  
 sucht Stellung im Auslande.  
 Gest. Angebote unter Nr. 499 an die Geschäftsstelle d. Bl., Leipzig, Königstr. 7, erbeten.

**Linotypeseher**  
 für unfre Einnagel- und Doppelmagazinlinotype für sofort gesucht.  
 Maschinen a. Ko.,  
 Buchdruckerei und Verlagsanstalt, Frankfurt a. d. O.

**Schriftsetzer**  
 perfekt an der Drilling-maschine, möglichst ledig, wird per sofort gesucht.  
 474) R. Eberbach,  
 Leipzig, Eidonienstraße 63.

**Maschinenmeister**  
 der neben andern Arbeiten vor allem Akzidenz-, Illustrations- und Katalogdruck beverscht und sich darüber ausweisen kann. Es wird heste berufsfreudige Kraft gesucht.  
 Angebote unter Nr. 450 an an die Geschäftsstelle dies. Bl., Leipzig, Königstr. 7, erbeten.

**Jüngerer, tüchtiger Akzidenz-seher**  
 mit gut durchgebildeten fach-technischen Kenntnissen sowie Verständnis für Veranstaltung guter Druckfachen, zum baldigen Eintritt in dauernde Stellung gesucht.  
 Bewerbungen mit ausführlichem Lebenslauf über bisherige Tätigkeit erbeten an: Hoffmann & Reiber, Oelth.

**Selbständiger Rotations-maschinenmeister**  
 und Stereotyp-seher zur Serienaushilfe  
 sofort gesucht. Zimmer wird gestellt.  
 Angebote erbeten an G. Kiebitz, Eisenach, Sophienstraße 15.

**Tüchtiger Galvanoplastiker**  
 gesucht. Durchaus firm im Prägen, Abdecken und Richten. Eintritt möglichst sofort. Norddeutsche Kilscheefabrik, Lange a. Möll, Hamburg 2.

**Schriftsetzer**  
 25 Jahre alt, verheiratet, gute Schulbildung, stenographisch (Dabelsch.), sucht Stellung, gleich wohin, wenn möglich Ausbildung an Sehmascchine oder im Kontor.  
 Werte Offerten erbitet  
 Reno Kofcher,  
 Könnmähls i. Sa.,  
 Domschwärzer Straße 3.

**Esperanto-Sprachkurse**  
 siehe: „Storr.“ Nr. 44 und 45.

**Flotter Seher**  
 in allen Satzarten gleich tüchtig und arbeitsam, sucht sofort oder später Stellung. Gleich wohin! Offerten erbeten an  
 S. Stropp,  
 Friedrichsbad (Eider),  
 Fischbühlmstraße 14.

**Schreift-seher**  
 21 Jahre alt, ledig, perfekt in allen vorkommenden Satzarten, sucht Dauerstellung. Berlin, Hamburg, Leipzig bevorzugt.  
 Gest. Offerten erbeten unter Nr. 2150 Annoncenexpedition Falco, Altona, Holstenstr. 88.

**Tüchtiger Linotypeseher**  
 fünfjährige Praxis, perfekt in Satz u. Maschine, sucht sofort Stellung  
 Angebote unter K. 404 an die Geschäftsstelle d. Blattes, Leipzig, Königstraße 7, erbeten.

**Drucker**  
 19 Jahre alt, firm in Werk- u. Plattendruck an Schnellpresse u. Regel, mit Universalapparat vertraut,  
 sucht Stellung zum baldigen Eintritt.  
 Gleich wohin! Angebote erbeten an Georg Schmidt, Gera, Moritz-Siemel-Strasse 10.

**Nach Leipzig**  
 sucht sich junger, 21 Jahre alter Buchdrucker zu verändern; erfährt in Werk- und Plattendruck, speziell Wilderdruck, hat auch am UWB, und Königsbogenanleger gearbeitet. Eintritt nach Aberein-kommen.  
 Gest. Offerten erbeten unter Nr. 497 an die Geschäftsstelle d. Bl., Leipzig, Königstraße 7.

**Maschinenmeister**  
 für Zweitorenpresse mit Königs Bogenanleger, im Werk- und Illustrationsdruck durchaus zuverlässig, sofort gesucht.  
 Angebote mit Zeugnis-abschriften erbeten.  
 Hofbuchdruckerei Rudolfstadt.

**Egal wohin! Egal wohin! Maschinenmeister**  
 (neuausgelernt)  
 firm an Regel und Schnellpresse, erfahren in Akzidenz-, Werk- und Runddruck, sucht Stellung zum baldigst. Eintritt.  
 Gest. Angebote erbeten an E. Proft, Dresden-N.,  
 Johann-Meyer-Strasse 12.

**Junger Seher-Stereotyp-seher**  
 in Flachstereotypie firm und in allen vorkommenden Satzarten Gutes leistend, sucht angenehme Stellung.  
 Gest. Angeb. erbeten an Hugo Bähing,  
 i. Sa.: W. Berlesmann,  
 Verlag, G. m. b. H.,  
 Bielefeld,  
 Güterlocher Straße.

**Farben-Harmonie-Seher**  
 A 1 Farbtinkreis 1500 Nr. B 3 Farbtinkreis 2500 Nr. Porto für A 60 Nr., für B 100 Nr. Ferner Wertzeuge, Frachtkücher, Zeugnisabschriften, Preisliste frei, Anfragen geg. Rückporto. Der Graphische Verlag, Thilo Lange, Dresden-N. 1, Dippoldswalder Platz Nr. 1 Postfachkonto Dresden 6267.

Am 7. Juni verstarb nach langem Leiden unser lieber Kollege, der Stereotyp-seher  
**Franz Hopp**  
 im Alter von 44 Jahren. Wir werden ihn in bestem Andenken bewahren.  
 Bezirksverein Keßfeld.

Am 16. Juni verstarb infolge eines Schlaganfalls der Obmann unseres Vereins  
**Karl Behnisch**  
 in Dresden. Wir versteren in dem Dahingeschiedenen einen lieben Kollegen, den ersten Mitbegründer unseres Vereins, der vor allem jedem in unserer engeren Vereinigung jederzeit gern mit Rat und Tat zur Seite stand.  
 Wir werden ihn stets ein treues Gedenken bewahren.  
 Im Namen des Pflast. Vereins der Buchdrucker: Gerhard Koch, Oldenburg i. O.

Am 21. Juni verstarb plötzlich und unerwartet unser lieber Kollege, der Stereotyp-seher  
**Oskar Wenbel**  
 im Alter von 49 Jahren. Ein ehrendes Andenken bewahrt ihm  
 Ortsverein Breslau.

Am 21. Juni verstarb unser Kollege, der Stereotyp-seher  
**Oskar Wenbel**  
 aus Breslau, im Alter von 49 Jahren. Ein ehrendes Andenken bewahrt ihm  
 Verein der Schriftsetzer, Stereotyp-seher und Galvanoplastiker Schlesiens.

Am 16. Juni verstarb unser lieber Kollege, der Drucker  
**Georg Büntel**  
 aus Bettendorf, im Alter von 60 Jahren. Ein ehrendes Andenken bewahrt ihm  
 Mitgliebschaft Wehrburg  
 Sachverwalder der Drucker.

Für den „Korrespondent“ ist die Geschäftsstelle und Inseratenannahme Leipzig, Königstraße 7, die Telefon-Nr. 14 111, das Postfachkonto Leipzig Nr. 613 28.